

Rede zum Haushalt 2025 der Gemeinde Südlohn der UWG-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte interessierte Bürgerinnen und Bürger!

Die letzten Wochen seit dem Amtsantritt von Donald Trump in den Vereinigten Staaten haben die Grundwerte des menschlichen und politischen Miteinanders erschüttert und wir erkennen, dass aus einem jahrzehntelang verbündeten und befreundeten Staat innerhalb kurzer Zeit ein unberechenbarer Akteur wird.

Aktuell lassen sich die vielfältigen Auswirkungen auf Deutschland und Europa noch nicht abschließend vorhersagen, jedoch realisieren die europäischen Staaten in früher ungeahntem Tempo, dass sie für ihre eigenen demokratischen Werte, die Landesverteidigung und die Unterstützung der von Russland angegriffenen Ukraine eine Einigkeit innerhalb Europas herbeiführen müssen.

Die finanziellen Auswirkungen auf die europäischen Volkswirtschaften werden sich in den kommenden Jahren zeigen. Entscheidungen auf allen Ebenen, Bund, Land und Kommunen, zu anstehenden Ausgaben werden noch stärker unter dem Aspekt must have und nice to have getroffen werden müssen.

Gleichzeitig wird auch deutlich, dass Investitionen in Infrastruktur wie Straßen, Schulen, Gefahrenabwehr, Bildung und Ausbildung eine andauernde und notwendige Aufgabe für den Bund aber auch die Städte und Gemeinden bleiben.

Insofern stellt die gemeinsam mit den anderen Fraktionen aufgestellte Prioritätenliste für die anstehenden Maßnahmen eine gute Grundlage für diese Investitionsentscheidungen dar. Wir freuen uns, dass die Planungen für die Von-Galen-Grundschule in Oeding konkreter werden und der Baubeginn näher rückt. Ein modernes, freundliches und energiesparendes Gebäude, in dem sich Schülerinnen, Schüler und das gesamte pädagogische Personal gerne aufhalten und täglich neue Fähigkeiten erlernen: dieses Ziel soll in Zusammenarbeit mit Architekten, Bauverwaltung und den zu beteiligenden Handwerksbetrieben solide umgesetzt werden. Leider stiehlt sich das Land NRW bei der Finanzierung der Kommunen aus der Verantwortung, da es weiterhin den Schulträgern keine angemessenen Mittel zum Ausbau der ab 2026 verpflichtenden Ganztagsplätze in den Schulen zur Verfügung stellt. Somit ist der allergrößte Teil (bis auf einen Zuschuss für klimaneutralen Ausbau der KfW) dieser 13 Mio. € Ausgabe durch die Gemeinde Südlohn zu stemmen. Der Arbeitskreis Schule hat durch seine kritisch konstruktive Mitarbeit bisher Einsparungen bei den Kosten im mittleren sechsstelligen Bereich erzielt. Vielen Dank an die Mitglieder für diese intensive Begleitung des Bauvorhabens. Aber wir erwarten nach wie vor von der Landesregierung – egal welche

Partei das Schul- oder Bauministerium gerade leitet-, dass sie die Städte und Gemeinden beim Ganztagsausbau, bei den Vorgaben und den zu schulternden Ausgaben nicht allein lässt. Diese nochmal zusätzlichen Aufgaben können Kommunen nicht dauerhaft ohne ausreichende Finanzierung tragen. Wir fordern von Bund und Land eine auskömmliche Grundfinanzierung der kommunalen Einheiten und keine gefühlten tausend unterschiedlichen Förderprogramme, die den Mitarbeitern in der Verwaltung zwar viel Arbeit bescheren, bei denen aber vorher nie transparent wird, ob man aus diesem Programm Mittel erhält, selbst wenn das eigene Projekt alle Förderkriterien entspricht. Viel Bürokratie auf Seiten von Fördergeber und Kommunen kann wegfallen, wenn diese Mittel den Städten als reguläre Finanzmittel zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben zur Verfügung stehen würden.

Durch die Entscheidung von CDU und WSO im letzten Jahr, das Gebäude der Hans-Christian-Andersen-Schule nicht an den Kreis als Schulträger zu verkaufen, ist die Gemeinde Südlohn weiterhin als Vermieter in der Pflicht, die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen an diesem Schulgebäude durchzuführen. Die SPD hatte damals einen konstruktiven Vorschlag gemacht, der neben dem Verkauf des Schulgebäudes noch zwei Wohnbaugrundstücke zur Vermarktung ergeben hätte. Der Bund der Steuerzahler hatte der Gemeinde in diesem Punkt ebenfalls einen Verkauf empfohlen, da dieses Anlagevermögen von der Gemeinde selbst nicht mehr als Schulgebäude genutzt wird. Die mehrheitliche Entscheidung, unserem Vorschlag zum Verkauf nicht mitzutragen, fällt uns jetzt mit zusätzlichen Kosten zu einem Zeitpunkt auf die Füße, in dem unsere eigenen Gewerbesteuererinnahmen aus unterschiedlichen Gründen deutlich zurückgehen.

Bei den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss konnte unter den Fraktionen zumindest eine Einigung in der Weise erzielt werden, dass man sich dabei auf absolut erforderliche Arbeiten bei der Elektrik konzentriert. Uns als UWG wäre jedoch ein Verkauf deutlich lieber gewesen, dann wären kommende Instandhaltung und ggf. Modernisierung vom neuen Eigentümer umzusetzen.

Für den Bereich Ver- und Entsorgung sowie Gefahrenabwehr sind weiterhin, wie bereits in den vergangenen Jahren, für die Abwasseraufbereitung kontinuierliche Erhaltung und Erneuerung zu leisten, damit ein sicherer Betrieb gewährleistet werden kann, auch für die Sicherheit der dort arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Gleiches gilt für die Ausrüstung unserer beiden Freiwilligen Feuerwehren in Oeding und Südlohn. Regelmäßige und planvolle Erneuerungen und Ergänzungen sowie Aus- und Fortbildungen der Männer und Frauen in unserer Feuerwehr stellen die Einsatzfähigkeit bei Feuer-, Gefahren- oder Hochwasserlagen sicher. Die UWG begrüßt ausdrücklich eine gute und vertrauensvolle Abstimmung zwischen den beiden Löschzügen und dem Fachbereich Sicherheit/Ordnung bei der Gemeinde.

Der spürbare Rückgang bei den Gewerbesteuern hat verschiedene Ursachen und ist nicht nur auf die allgemein rückläufige Wirtschaftslage zu reduzieren. Mehrere Unternehmen in Südlohn und Oeding haben in der jüngeren Vergangenheit deutlich in ihren Standort hier vor Ort investiert. Dies führt, wie auch von Bürgermeister Werner Stödtke in seiner Haushaltsrede erläutert, zu einer Reduzierung der Gewerbesteuerzahllast bei den einzelnen Firmen. Kurzfristig mag man diese Auswirkungen auf die gemeindliche Steuerkraft bedauern, jedoch erkennen wir in diesem Handeln der Unternehmen hier eine Stärkung der Arbeitsplätze und eine Modernisierung von Produktionen, die mittelfristig zu wieder steigenden Gewerbesteuern und attraktiven Arbeitsplätzen führen kann. Ein Dank und Respekt daher auch an alle Menschen in den Unternehmen, die durch Ihre Entscheidungen die Arbeitsplätze sichern und immer auch ein Risiko eingehen. Oftmals kann noch nicht sicher vorhergesagt werden, ob und wie schnell investiertes Geld und eingebrachte Zeit in eine Geschäftsidee langfristig tragen. Nur mit diesen dem Ort Südlohn und Oeding verbundenen Menschen ist eine gute und spannende Perspektive für die Zukunft möglich.

Danke für das tatkräftige Bekenntnis zum Standort hier!

Im Jahr 2025 müssen alle Kommunen erstmals die Grundsteuer auf Basis der neuen Messbeträge festsetzen. Im Vorfeld konnten sich die unterschiedlichen Bundesländer schon nicht auf ein einheitliches Verfahren einigen. Hinzu kommt jetzt, dass den Kommunen die Möglichkeit eingeräumt wird, für die Grundsteuer B unterschiedliche Hebesätze für Wohn- und Nichtwohngrundstücke festzusetzen. Abgesehen von unterschiedlichen juristischen Einschätzungen über die verfassungsmäßig „richtige“ Besteuerung, die vermutlich nicht abschließend in einer eher kleinen Gemeinde geklärt werden kann, haben wir uns in diesem ersten Jahr der neuen Berechnung für aufkommensneutrale unterschiedliche Hebesätze entschieden, die nicht das Wohnen per se noch teurer machen sollen.

Ausdrücklich wurde im Haupt- und Finanzausschuss festgehalten, dass wir mit diesen heute zu beschließenden Sätzen einen ersten Aufschlag für die neue Grundsteuer machen werden. Das bedeutet auch, dass wir die Erfahrungen und konkreten Zahlbeträge auf der einen und die juristischen Klärungen im Laufe der nächsten Monate auf der anderen Seite abwägen müssen. Mit diesen Erfahrungen wird sich der Rat für den nächsten Haushalt dann noch einmal befassen. Dann wird sich zeigen, ob die Festsetzung unterschiedlicher Hebesätze vorteilhaft war oder ob wir in 2026 zu einer anderen Entscheidung kommen.

Wir bedanken uns ausdrücklich bei der Kämmerin Frau Küpers und ihren Kolleginnen und Kollegen für die umfangreichen Arbeiten zur Erstellung und Änderung des Haushaltsentwurfs. Einen Dank auch an unsere Ratskollegen aller Fraktionen, da wir auch bei unterschiedlichen Ansichten fast immer ein konstruktives Arbeiten an Lösungen erlebt haben.

Ein großes Danke geht an unseren Bürgermeister Werner Stödtke! Wir freuen uns, dass Sie wieder an Bord sind und uns mit viel Erfahrung, kenntnisreich, engagiert und ausgleichend

durch die vergangenen Jahre geführt haben. Wir hätten Sie gerne noch einmal als Bürgermeister für die Gemeinde Südlohn nominiert, respektieren aber selbstverständlich Ihre Entscheidung, aus gesundheitlichen Gründen für dieses spannende, aber sicher auch sehr fordernde Amt nicht wieder zur Verfügung zu stehen.

Im Jahr 2025 wird der gemeindliche Haushalt voraussichtlich mit einem Defizit von mehr als 2,5 Mio. € abschließen, dies musste in dieser Dimension selbst in den Corona-Jahren nicht bewältigt werden. Da unsere Ausgleichsrücklage aus den besseren Vorjahren noch besteht, kann dieses Defizit abgedeckt werden. Abgestimmte notwendige Maßnahmen für die Infrastruktur müssen trotzdem in einer soliden Umsetzung realisiert werden. Die UWG würde nach wie vor einem Verkauf von nicht mehr benötigtem Anlagevermögen zu einem fairen Preis zustimmen, aus wenn dies in der Vergangenheit mit der Mehrheit des Rates nicht zu realisieren war. Insgesamt stimmt unsere Fraktion dem vorliegenden Haushaltsentwurf mit dem im Ausschuss abgestimmten Änderungen zu.